

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b>	7
<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	23
<b>1. Kapitel Die Grundlagen und Hintergründe</b>	29
<b>§ 1 Die Einführung in die Untersuchung</b>	31
I. Der europäische Hintergrund	31
II. Der Harmonisierungsauftrag	34
III. Der Untersuchungsgegenstand	38
IV. Die gewählten Mitgliedstaaten	39
<b>§ 2 Die Richtlinie 2001/23/EG</b>	42
I. Die Entstehungsgeschichte des Sekundärrechtsakts	42
II. Die europarechtlichen Grundlagen der Richtlinie 2001/23/EG	44
<b>§ 3 Die Rechtsvergleichung als Methodenprinzip</b>	47
I. Die Ziele und Anwendungsfelder der Rechtsvergleichung	47
II. Die Methode der Rechtsvergleichung	49
<b>2. Kapitel Der Tatbestand des Betriebsübergangs</b>	53
<b>1. Abschnitt Die europäischen Vorgaben</b>	55
<b>§ 4 Der Tatbestand des Betriebsübergangs in der Richtlinie 2001/23/EG</b>	55
I. Der sachliche Anwendungsbereich	55
1. Der betriebliche Anwendungsbereich	55
	11

2. Der Betrieb als wirtschaftliche Einheit	57
3. Der Inhaberwechsel	62
a) Der Übergang der Betriebsleitungsmacht auf einen anderen Rechtsinhaber	62
b) Das Verhalten des neuen Inhabers	63
c) Die Betriebsunterbrechung oder Betriebsstilllegung	63
d) Der Inhaberwechsel aufgrund vertraglicher Vereinbarung	65
4. Die Bewertung des sachlichen Anwendungsbereichs der Richtlinie	67
a) Die wirtschaftliche Einheit	67
aa) Die Abgrenzung zu der bloßen Funktionsnachfolge	68
bb) Die Übernahme von Arbeitnehmern	71
cc) Die Verwendung auftraggebereigener Betriebsmittel	74
b) Der Inhaberwechsel	82
aa) Das Verhalten des neuen Inhabers	82
bb) Der Inhaberwechsel aufgrund vertraglicher Vereinbarung	84
II. Der persönliche Anwendungsbereich	88
1. Der Arbeitnehmerbegriff	88
2. Der Übergangszeitpunkt	89
3. Die Bewertung des persönlichen Anwendungsbereichs	90
<b>2. Abschnitt Die nationalen Tatbestandsvoraussetzungen unter dem Einfluss des europäischen Sekundärrechtsakts</b>	92
<b>§ 5 Der Tatbestand des Betriebsübergangs im deutschen Recht</b>	92
I. Der sachliche Anwendungsbereich des § 613 a BGB	92
1. Der betriebliche Anwendungsbereich	92
2. Der Betrieb und dessen Teil	94
a) Die Begriffsentwicklung im Schrifttum und in der Rechtsprechung	94
aa) Der Betrieb	94
bb) Der Betriebsteil	97
b) Die Rechtsprechungsänderung in Bezug auf den Betriebsbegriff	99

c) Die Bewertung des Betriebs(teil)begriffs	102
aa) Der Betrieb	102
(1) Die Übernahme von Arbeitnehmern	103
(2) Die Verwendung auftraggebereigener Betriebsmittel	106
bb) Der Betriebsteil	109
3. Der Übergang auf einen anderen Inhaber	111
a) Der Wechsel des Rechtsinhabers	111
b) Das Verhalten des neuen Betriebsinhabers	112
aa) Die „Theorie von der Fortführungsmöglichkeit“	112
bb) Die Rechtsprechungsänderung in Bezug auf das Erfordernis einer tatsächlichen Betriebsfortführung durch den neuen Betriebsinhaber	113
cc) Die Bewertung der Rechtsprechungsänderung	114
dd) Die Konsequenzen der Rechtsprechungsänderung	117
(1) Die Bedeutung der Erwerberabsicht	117
(2) Die Fortführung einer identischen Tätigkeit	119
c) Die Abgrenzung zur Betriebsstilllegung	120
aa) Die Voraussetzungen und Rechtsfolgen einer Betriebsstilllegung im Vergleich zu einem Betriebsübergang	120
bb) Der Umgehungsschutz in der Rechtsprechung des BAG	121
(1) Die Abgrenzung der Betriebsstilllegung von einem Betriebsübergang	123
(2) Die Kündigung aufgrund einer Betriebsstilllegung	124
(3) Die Fortsetzungs- bzw. Wiedereinstellungsansprüche	125
cc) Das Abgrenzungskriterium	127
dd) Der Arbeitnehmerschutz nach der Aufgabe des Erfordernisses der tatsächlichen Betriebsfortführung im Falle einer Betriebsstilllegung	129
ee) Die rechtliche Einordnung des Fortsetzungs- bzw. Wiedereinstellungsanspruchs	134
d) Der Übergang durch „Rechtsgeschäft“	138
aa) Der Terminus	138
bb) Die Rechtsnatur des Rechtsgeschäfts	139
cc) Das Verhältnis zwischen den Betriebsinhabern	141
dd) Die Abgrenzungsfunktion	141

II. Der persönliche Anwendungsbereich des § 613 a BGB	143
1. Der Arbeitnehmerbegriff	143
2. Der Übergangszeitpunkt	144
3. Die Bewertung und Richtlinienvereinbarkeit	145
III. Die Zusammenfassung des deutschen Tatbestands	146
<b>§ 6 Der Tatbestand des Betriebsübergangs im polnischen Recht</b>	<b>150</b>
I. Der sachliche Anwendungsbereich des Art. 23 <sup>1</sup> des Arbeitsgesetzbuches	150
1. Der betriebliche Anwendungsbereich	150
2. Der Betrieb und dessen Teil	151
a) Die Begriffsentwicklung im Schrifttum und in der Judikatur	151
aa) Die Entwicklung des Betriebsbegriffs	151
bb) Die Entwicklung des Betriebsteilbegriffs	153
b) Die gegenwärtigen Begriffsdefinitionen des Schrifttums und der Judikatur	154
aa) Der gegenwärtige Betriebsbegriff	154
bb) Der gegenwärtige Betriebsteilbegriff	161
c) Die Bewertung und die Richtlinienkonformität des Betriebs(teil)begriffs	165
aa) Der Betrieb	165
bb) Der Betriebsteil	169
3. Der Übergang auf einen anderen Arbeitgeber	171
a) Der Arbeitgeber	171
aa) Die Geschichte des Arbeitgeberbegriffs	171
bb) Die gegenwärtige Definition	173
cc) Die Bewertung und die Richtlinienvereinbarkeit des Arbeitgeberbegriffs	177
b) Der Arbeitgeberwechsel	182
c) Der tatsächliche Betriebsübergang und das Verhalten des neuen Arbeitgebers	183
aa) Die Rechtsprechungs- und Literaturmeinung	183
bb) Die Bewertung und die Richtlinienkonformität	187
d) Die Abgrenzung zu der Liquidation eines Arbeitgebers	190
aa) Die Entwicklung und die gegenwärtige Rechtslage	190

bb) Die Bewertung der Rechtsprechungsmeinung	194
e) Die rechtliche Grundlage	200
aa) Der Stand der Rechtsprechung	200
bb) Die Bewertung und die Richtlinienkonformität der rechtlichen Grundlage	203
II. Der persönliche Anwendungsbereich des Art. 23 <sup>1</sup> des Arbeitsgesetzbuches	205
1. Der Arbeitnehmerbegriff	205
2. Der gesetzlich vorgesehene Schutz des außervertraglichen Arbeitsverhältnisses	206
a) Der Ausschluss des außervertraglichen Arbeitsverhältnisses	206
b) Die Rechtsfolge des Art. 23 <sup>1</sup> § 5 des Arbeitsgesetzbuches	207
c) Die Gestalt des außervertraglichen Arbeitsverhältnisses nach dem Übergang	209
d) Die Ausnahmen der Regelung	210
3. Das zeitliche Element	211
4. Die Bewertung und die Richtlinienkonformität des persönlichen Anwendungsbereichs	212
III. Die Zusammenfassung des polnischen Tatbestands	215
<b>3. Abschnitt Die Rechtsvergleichung der Tatbestandsebene im Lichte des europäischen Rechts</b>	220
<b>§ 7 Die Begriffskongruenzen</b>	220
I. Der Begriffskomplex „Unternehmen, Betrieb, Unternehmens- bzw. Betriebsteil“	220
II. Der Begriffskomplex „Inhaber, Arbeitgeber, Veräußerer, Erwerber“	220
<b>§ 8 Der sachliche Anwendungsbereich</b>	222
I. Der betriebliche Anwendungsbereich	222
II. Der Betrieb(steil)	226
III. Der tatsächliche Betriebsübergang und der Wechsel des Zuordnungssubjekts	229
IV. Das Verhalten des neuen Inhabers bzw. Arbeitgebers	230

V. Die Abgrenzung zur Betriebsstilllegung bzw. Liquidation des Arbeitgebers	230
VI. Die rechtliche Grundlage	232
<b>§ 9 Der persönliche Anwendungsbereich</b>	234
I. Der nationale Arbeitnehmerbegriff	234
II. Das zeitliche Element	234
<b>3. Kapitel Die Rechtsfolgen des Betriebsübergangs im Rechtsvergleichungsprozess</b>	237
<b>1. Abschnitt Der Übergang der Arbeitsverhältnisse</b>	239
<b>§ 10 Der Eintritt des neuen Betriebsinhabers in die Rechte und Pflichten des Arbeitsverhältnisses</b>	239
I. Der Eintritt des neuen Betriebsinhabers in die Rechte und Pflichten des Arbeitsverhältnisses im europäischen Recht	239
II. Der Eintritt des neuen Betriebsinhabers in die Rechte und Pflichten des Arbeitsverhältnisses im deutschen Recht	240
III. Der Eintritt des neuen Arbeitgebers in die Rechte und Pflichten des Arbeitsverhältnisses im polnischen Recht	241
IV. Die Richtlinienkonformität der Rechtsnachfolge im Rechtsvergleich	243
<b>§ 11 Die Zuordnung des Arbeitsverhältnisses</b>	244
I. Die Zuordnung des Arbeitsverhältnisses im europäischen Recht	244
1. Die Rechtsprechung des EuGH	244
2. Die Bewertung der europäischen Zuordnung des Arbeitsverhältnisses	245
II. Die Zuordnung eines Arbeitsverhältnisses im deutschen Recht	246
1. Die Rechtsprechung des BAG	246
2. Die Bewertung und die Richtlinienkonformität der deutschen Zuordnung des Arbeitsverhältnisses	247

III. Die Zuordnung eines Arbeitsverhältnisses im polnischen Recht	250
1. Die Rechtsprechung und das Schrifttum	250
2. Die Bewertung und die Richtlinienkonformität der polnischen Zuordnung des Arbeitsverhältnisses	253
IV. Die Zuordnung eines Arbeitsverhältnisses im Rechtsvergleich	254
 <b>§ 12 Der Verzicht auf den Schutz bei Betriebsübergang</b>	256
I. Der Verzicht auf den Schutz der Richtlinie	256
1. Die Rechtsprechung des EuGH	256
2. Die Bewertung der europäischen Auffassung	258
II. Das Widerspruchsrecht des Arbeitnehmers im deutschen Recht	264
1. Die Gesetzeslage, Rechtsprechungs- und Literaturmeinung zum Widerspruchsrecht	264
2. Die Anerkennung des Widerspruchsrechts	266
3. Die Rechtsposition eines widersprochen habenden Arbeitnehmers	267
a) Die Rechtsfolgen einer individualrechtlichen Ausübung	267
b) Die kollektive Ausübung des Widerspruchsrechts	270
4. Die Bewertung der deutschen Rechtslage	271
III. Die Ausnahmen vom Automatikprinzip im polnischen Recht	272
IV. Der Verzicht auf den gesetzlichen Schutz im Rechtsvergleich	275
 <b>§ 13 Die Rechtsstellung des bisherigen Betriebsinhabers</b>	277
I. Die Rechtsstellung des bisherigen Betriebsinhabers im europäischen Recht	277
II. Die Rechtsstellung des bisherigen Betriebsinhabers im deutschen Recht	278
1. Die Haftungsregelung des § 613 a Absatz 2 BGB	278
2. Die Richtlinienkonformität der deutschen Haftungsregelung	279
III. Die Rechtsstellung des bisherigen Arbeitgebers im polnischen Recht	280
1. Die Haftungsregelung des Art. 23 <sup>1</sup> § 2 des Arbeitsgesetzbuches	280
2. Die Vorgaben des polnischen Verfassungsgerichtshofs	281
3. Die Bewertung und die Richtlinienkonformität der polnischen Haftungsregelung	283
IV. Die Haftungsregelungen im Rechtsvergleich	285

<b>2. Abschnitt: Die Kündigungen aus Anlass der Betriebsübernahme</b>	287
<b>§ 14 Der Kündigungsschutz der Richtlinie 2001/23/EG</b>	287
I. Die kündigungsschutzrechtlichen Regelungen des Sekundärrechtsakts	287
II. Die europäischen Ausnahmen vom Kündigungsschutz	288
III. Die Rechtsnatur der Regelung	288
IV. Die Rechtsfolgen einer verbotswidrigen Kündigung	289
1. Die Regelung der Richtlinie	289
2. Die Bewertung der europäischen Auffassung	292
V. Die Auflösung des Arbeitsverhältnisses durch die Kündigung des Arbeitnehmers oder einen Aufhebungsvertrag	294
1. Die wesentliche Änderung der Arbeitsbedingungen	294
2. Die gesetzliche Fiktion	296
<b>§ 15 Das Kündigungsverbot im deutschen Recht</b>	297
I. Die deutschen Kündigungsschutzregelungen	297
1. Die materielle Rechtsposition eines gekündigten Arbeitnehmers	297
2. Die verfahrensrechtliche Position eines gekündigten Arbeitnehmers	300
II. Die rechtsdogmatische Einordnung des § 613 a Absatz 4 Satz 1 BGB in das Kündigungsschutzsystem	301
III. Die Kündigung „wegen des Betriebsübergangs“	304
1. Die vertretenen Auffassungen	305
2. Die Bewertung und die Richtlinienkonformität des § 613 a Absatz 4 BGB	306
IV. Die Abgrenzung zu der Kündigung „aus anderen Gründen“	308
1. Die gesetzliche Risikoerteilung	308
2. Die klassische Sanierungskündigung	309
3. Die Veräußererkündigung aufgrund Erwerberkonzepts	310
a) Die Zulässigkeit einer Veräußererkündigung aufgrund Erwerberkonzepts	310
b) Die Voraussetzungen der Veräußererkündigung aufgrund Erwerberkonzepts	314
V. Die Rechtsfolgen einer verbotswidrigen Kündigung und deren gerichtliche Geltendmachung	315

VI. Die Umgehung des Kündigungsverbots durch Vereinbarungen zwischen den Beteiligten	318
1. Das Verhältnis zwischen dem gesetzlichen Kündigungsschutz und dem Grundsatz der Vertragsfreiheit	318
2. Die Umgehung des Kündigungsverbots durch Aufhebungsvertrag und Eigenkündigung des Arbeitnehmers	319
3. Die Umgehung des Kündigungsverbots durch Änderungsvereinbarungen	320
4. Die Bewertung der Umgehungstatbestände und deren Richtlinienkonformität	321
VII. Die Aufhebung des Arbeitsverhältnisses durch die Kündigung des Arbeitnehmers oder einen Aufhebungsvertrag	325
VIII. Die Zusammenfassung des deutschen Kündigungsschutzes mit Blick auf die europäischen Vorgaben	326
 <b>§ 16 Das Kündigungsverbot im polnischen Recht</b>	330
I. Die polnischen Kündigungsschutzregelungen	330
1. Die materielle Rechtsposition eines gekündigten Arbeitnehmers	330
2. Die verfahrensrechtliche Position eines gekündigten Arbeitnehmers	335
II. Die Regelung in Art. 23 <sup>1</sup> § 6 des Arbeitsgesetzbuches	336
III. Die Rechtsnatur des Art. 23 <sup>1</sup> § 6 des Arbeitsgesetzbuches	336
IV. Die Kündigung „wegen des Betriebsübergangs“ und aus anderen Gründen	338
V. Die Rechtsfolgen einer gegen Art. 23 <sup>1</sup> § 6 des Arbeitsgesetzbuches verstößenden Kündigung und deren gerichtliche Geltendmachung	339
1. Der bisherige Sachstand	339
2. Die Bewertung der polnischen Rechtsfolgenanordnung	341
3. Die gerichtliche Geltendmachung	343
VI. Die Umgehung des Art. 23 <sup>1</sup> § 6 des Arbeitsgesetzbuches durch Vereinbarungen zwischen den Beteiligten	344
VII. Die Kündigung durch den Arbeitnehmer	347
1. Die gesetzliche Regelung in Art. 231 § 4 des Arbeitsgesetzbuches	347
2. Die Richtlinienkonformität des Art. 231 § 4 des Arbeitsgesetzbuches	349

VIII. Die Zusammenfassung des polnischen Kündigungsschutzes mit Blick auf die europäischen Vorgaben	350
<b>§ 17 Die Rechtsvergleichung der Kündigungsschutzregelungen</b>	354
I. Eine kurze Gegenüberstellung der nationalen Kündigungsschutzrechtssysteme	354
II. Die Rechtsvergleichung der Umgehungsvorschriften zum Betriebsübergang	357
<b>4. Kapitel Die Schlussbetrachtung</b>	361
<b>§ 18 Die rechtlichen und tatsächlichen Rahmenbedingungen in den verglichenen Mitgliedstaaten im Lichte der europäischen Vorgaben</b>	363
I. Das legislative Fundament	363
II. Die judikative Rechtskonkretisierung	366
<b>§ 19 Die europäische Normkonkretisierung im Rechtsangleichungsprozess</b>	371
<b>§ 20 Die Thesen der Untersuchung</b>	377
<b>Literaturverzeichnis</b>	405
<b>Anhang</b>	437
<b>Stichwortverzeichnis</b>	455